

eingehend beschäftigt. Genosse Faust gab deshalb Hinweise und machte Vorschläge, wie die Genossen Werkleitungsmitglieder dazu beitragen könnten, die Zahl der Angestellten zu verringern. Mit diesen vernünftigen Vorschlägen waren auch die Genossen der entsprechenden Industrieverwaltung einverstanden. Später änderten jedoch diese Genossen ihre Meinung und veranlaßten ein Beschwerdeschreiben der Industrieverwaltung über das Verhalten des Genossen Faust an den Leiter der Abteilung örtliche Industrie und Handwerk, Genossen Radelt. Genosse Radelt, selbst Mitglied der Parteileitung der BPO, reagierte auf das Schreiben der Industrieverwaltung nicht wie ein politischer Funktionär, sondern schematisch und formal. Er erließ eine schriftliche Anweisung, in der es u. a. hieß: „Jeder Mitarbeiter hat nur dann das Recht zur Überprüfung der Industrieverwaltungen bzw. volkseigenen Betriebe, wenn er im Besitz eines entsprechenden Dienstauftrages ist, der sich auf die Erledigung von Aufgaben, die sich aus seinen Tätigkeitsmerkmalen laut Stellenplan ergeben, erstreckt. Darunter fallende Überprüfungen von volkseigenen Betrieben sind nur mit Zustimmung der zuständigen Industrieverwaltung vorzunehmen.“ Kontrollen über die Durchführung staatlicher Aufgaben sind also nach der Auffassung des Genossen Radelt von der Bereitschaft der Industrieverwaltungen abhängig.

Diese Anweisung hemmt die Überwindung des „Nur-Fachmann-Standpunktes“. In der Mitgliederversammlung der APO zur Verbesserung der Arbeit des Staatsapparates spielte aber dieses Beispiel keine Rolle. Die hier gegebene Möglichkeit, am Beispiel die schlechte oder gute Arbeitsweise des einzelnen zu untersuchen, um dadurch einen hohen erzieherischen Erfolg zu erreichen, wurde nicht genutzt.

Organisator des sozialistischen Aufbaus zu sein, das erfordert Mut, Draufgängertum und Optimismus bei der Lösung auch der kompliziertesten Fragen. Was wir brauchen, sind solche Genossen und Mitarbeiter, die unsere Werktätigen für den Aufbau des Sozialismus begeistern, und die mithilfe, den sozialistischen Wettbewerb zu organisieren, um alle materiellen und ideellen Reserven nutzbar zu machen. Damit sich aber die Genossen und Mitarbeiter solche Qualitäten aneignen können, müssen sie ständig die Praxis an Ort und Stelle studieren, müssen sie selbst wissen, wie z. B. die Prinzipien des Leistungslohnes angewandt und welche Auseinandersetzungen im Betrieb über die Vervollkommnung der Materialverbrauchsnormen und andere Fragen der Produktion geführt werden. Dann wird sich ergeben, daß an den Produktionsberatungen nicht mehr „Vertreter“ der Abteilung Örtliche Industrie und Handwerk teilnehmen, sondern Genossen und Mitarbeiter unseres Staatsapparates, die die Sorgen und Nöte der Kollegen im Betrieb kennen, die Autorität genießen und mit Sachkenntnis Hinweise geben, was getan und was verändert werden muß, um die betrieblichen Mängel und Schwierigkeiten zu überwinden.

Unmittelbar nach dem 32. Plenum haben wir uns in der Parteileitung der BPO auf Grund von Signalen der Genossen aus der Abteilung Handel und Versorgung mit dem Stand der Produktion von Massenbedarfsgütern beschäftigt und auch eine Arbeitsgruppe gebildet. In einer Mitgliederversammlung der APO 6 Anfang September 1957 wurde der Abteilungsleitung empfohlen, mit den Leitern der Industrieverwaltungen über die Mängel in der Produktion von Massenbedarfsgütern ernsthaft zu sprechen. Das Ergebnis war zunächst gering. Es bewegte sich dem Werte nach um 1,5 Millionen DM. Der Leiter der Industrieverwaltung Elektrotechnik, Genosse Simon, verpflichtete sich auch, dafür zu